

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1869

23.3.1869 (No. 69)

Karlsruher Zeitung.

Dienstag, 23. März.

N. 69.

Vorauszahlung: halbjährlich 4 fl., vierteljährlich 2 fl.; durch die Post im Großherzogthum, Briefträgergebühr eingeschlossen, 4 fl. 6 kr. u. 2 fl. 8 kr.
Einkaufsgebühr: die gepaltene Zeitungs- oder deren Raum 5 kr. Briefe und Gelder frei.
Erschließung: Karl-Friedrichs-Straße Nr. 14, wofelbst auch die Anzeigen in Empfang genommen werden.

1869.

Telegramme.

† **Bukarest, 21. März.** Dem Gesetz entsprechend, nach welchem alle 3 Jahre die Offiziere der Nationalgarde gewechselt werden müssen, wurden die bisherigen sämtlich ihrer Ehrgen entsetzt und der Fürst ernannte 5 neue Bezirks-, 11 Bataillons- und 74 Kompaniekommandanten.

† **Florenz, 20. März, Abds.** Die Finanzoperation, betreffend den Verkauf der geistlichen Güter, ist zum Betrag von 300 Millionen mit der Nationalbank, dem Credit mobilier und dem Consortium für die Tabakobligationen abgeschlossen.

Man versichert, die Anwesenheit Nigra's in Florenz sei notwendig gewesen, um bezüglich der Veröffentlichung des Grünbuchs die französischen und italienischen Forderungen zu vereinigen.

† **Florenz, 22. März.** Der Kaiser von Oesterreich hat den General v. Möring beauftragt, nach Florenz zu reisen, um dem König Victor Emanuel für die Begrüßung durch Della Rocca zu danken. Der König empfing gestern den Grafen Ushedom und überreichte ihm sein Portrait in Diamanten.

Paris, 22. März. „France“ und „Public“ bestätigen, daß der Kaiser, von seinem Unwohlsein (Folge einer Erkältung bei einer abendlichen Beleuchtungsprobe im Tuilerienhof) gänzlich wiederhergestellt, heute einem Ministerrath vorzuziehen werde. — Frau v. Lavalette, die Gemahlin des Ministers des Ausw., ist gestorben. — Die amtlichen Zeitungen von Paris und Brüssel werden am Dienstag amtliche Erklärungen bezüglich des belgischen Zwischenfalls veröffentlichten.

† **Athen, 20. März.** Der griechische Gesandte zu Paris, Rangabe, wurde zum Gesandten in Konstantinopel ernannt. Die Beziehungen zur Pforte sind offiziell wieder aufgenommen. Der Gesandtschaftssekretär Kaleris reist in einer Spezialmission nach Konstantinopel.

Deutschland.

Stuttgart, 21. März. Se. Königl. Hoheit der Großherzog von Sachsen-Weimar ist gestern zum Besuch der Königl. Familie hier angekommen und im Schlosse abgestiegen. Auch der Prinz Gustav von Sachsen-Weimar ist hier eingetroffen und werden beide der morgen hier in der Schloßkirche stattfindenden Konfirmation der Prinzessin Pauline von Sachsen-Weimar, Tochter des Prinzen Hermann und der Prinzessin Auguste von Württemberg, Schwägerin des Königs, anwohnen, wie auch die ganze Königl. Familie. Rastin der im 17. Lebensjahre stehenden Prinzessin ist Ihre Maj. die Königin-Mutter. Der Großherzog von Sachsen-Weimar wird sich bis Dienstag hier verweilen.

Morgen werden die beiden Ergänzungsversammlungen für das Zollparlament in Ulm und Mergentheim vorgenommen, und man ist auf deren Ausgang sehr gespannt. An eifrigen Wahllegationen haben es die Parteien nicht fehlen lassen.

München, 20. März. (Bayr. Bl.) Zwischen Bayern und Rußland ist ein Staatsvertrag über Auslieferung von Verbrechern geschlossen und vom König ratifiziert worden. — Die Abgeordnetenversammlung nahm das Gesetz über das Wehrgeld unter Dazubehaltung der Geiseln mit 85 gegen 40 Stimmen an. In der Reichsrathskammer wird gegenwärtig noch über das Armengesetz fortdebattiert.

Hannover, 18. März. Heute wurde Hr. ten Doornik als Mitglied in den Reichstag gewählt; er hat nach der amtlichen Feststellung 4960, Hr. Prince-Smith 4575 Stimmen erhalten. Der Gewählte gehört seiner eigenen Erklärung nach der national-liberalen Partei an.

Berlin, 20. März. Sitzungen des Reichstags vom 19. und 20. März.

In der gestrigen Sitzung beantwortete zunächst der Bundeskanzleramt-Präsident Delbrück die Interpellation des Abg. Kos über die Abschaffung der Elbzölle dahin, daß Preußens diesbezügliche Anträge von den übrigen Elbufer-Staaten abgelehnt seien, die Verhandlungen indes noch schweben und durch den Bundesrath werden erledigt werden. Dann folgte die Verhandlung des Reichs-Wahlgesetzes in zweiter Lesung; eine längere Debatte veranlaßte die Ausschließung des Militärs vom aktiven Wahlrecht. Bei der Abstimmung wurde ein Amendement Lud. Auschluß der Soldaten „bei der Fahne“ und damit § 2 angenommen. Bei §§ 3 und 4 entspann sich eine Debatte über die Fassung des Ausschlußes, bescholtenen Personen von der passiven Wahlfähigkeit, die mit Annahme eines Amendements Lafer schloß. Zu § 6 hatte der Abg. Lafer einen Antrag eingebracht, welcher das Schwanken in der Zahl der Reichstags-Mitglieder aufheben würde. Derselbe wurde, nachdem sich Graf Bismarck grundsätzlich für denselben ausgesprochen und nur die Zustimmung des Bundesraths vorbehalten hatte, angenommen. Zu § 7 wurde ein Antrag Dr. Friedenthal's angenommen zur besseren Abgrenzung der Wahlkreise. Nach Annahme von § 8 erfolgte Vertagung der Sitzung.

In der heutigen Sitzung wurde zunächst die Wahl Buff's (Oberhessen) beanstandet und eine Untersuchung der dortigen Wahl-

vorgänge verlangt. Der Kommissionsantrag auf Annullirung der Wahl wurde abgelehnt. Dann wurde die zweite Beratung des Wahlgesetzes fortgesetzt und zum Schluß geführt. Die §§ 8-14 wurden theils unter Annahme, theils unter Ablehnung zahlreicher Amendements ohne große Debatten erledigt. Bei § 14 (Leitung des Wahlgeschäfts) erhob sich eine längere Debatte; Abg. Lafer beantragte, die unmittelbaren Staatsbeamten von der Leitung der Wahlgeschäfte in den Wahlkreisen und Wahlbezirken auszuschließen. An der Debatte beteiligten sich die Abgg. Lafer, v. Brauchisch (Elbing), Miquel, v. Hennig, Graf Schwerin, v. Unruhe-Bomst, Leste, der Bundeskommissär v. Buttamer und der Bundeskanzler Graf Bismarck. Der letztere erklärte, daß das Amendement Lafer nur eine Erleichterung des Geschäfts herbeiführe und ohne politische Bedeutung sei. Bei der Abstimmung wurde das Amendement Lafer in einer durch ein Unteramendement des Abg. v. Unruhe-Bomst modifizirten Fassung angenommen, so daß der Ausschluß der Staatsbeamten sich zwar auf die Vorsteher, Beisitzer und Protokollführer bei der Wahlhandlung in den Wahlbezirken und auf die Beisitzer, nicht aber auf die Vorsteher und Protokollführer bei der Ermittlung des Wahlergebnisses in den Wahlkreisen bezieht. — Abg. Wigger (Berlin) beantragt hinter § 14 einen neuen Paragraphen einzufügen, wonach die Wähler das Recht haben sollen, zum Betrieb der Reichstags-Wahlen Wahlvereine zu bilden und Wählerversammlungen abzuhalten; er motivirte dies durch einen Hinweis auf die Zustände in Mecklenburg, wo die Bildung politischer Vereine von der Genehmigung des Ministeriums abhängig sei und Wählerversammlungen nur während eines kurzen Zeitraums vor der Wahl stattfinden dürften. Der Bundeskommissär v. Buttamer widerspricht der Aufnahme einer solchen Bestimmung, da dieselbe nicht in das Wahlgesetz hineingehöre. Abg. Pogge exemplifizirt mit den Folgen der Bestimmungen über das Vereinswesen in den Wahlen in Mecklenburg-Schwerin. Abg. Graf Bassow (Mecklenburg) bestritt, daß die Wahlfreiheit in Mecklenburg irgendwie beschränkt sei (schallendes Gelächter); die Wahl des Vorredners sei der beste Beweis davon. Abg. Pogge replizirt und legt Beweisstücke für seine Angaben auf dem Tisch des Hauses nieder. Das Amendement Wiggers wurde darauf mit sehr großer Majorität angenommen. — § 15 (Ausführungsbestimmungen) findet ohne Debatte Annahme; damit ist die zweite Beratung des Wahlgesetzes beendet. Die Debatte über den Grundrecht-Antrag, die Anstalten für die Seeschiffahrt zur Kompetenz des Bundes zu ziehen, wurde vertagt. Durch fast einstimmigen Beschluß des Hauses wurde die nächste Sitzung auf den 6. April festgesetzt.

Berlin, 20. März. In der heutigen (neunten) Sitzung des Bundesraths führte der Bundeskanzler den Vorsitz. Ueber die Vorlage des Präsidiums, betreffend den Gesekentwurf wegen Einführung der deutschen Wechselordnung und des deutschen Handelsgesetzbuchs als Bundesgesetz, wurde der Ausschußbericht erfaßt. Die Mittelungen des Präsidiums des Reichstags wegen der vom Reichstag über den Gesekentwurf, betreffend die Nichtverfolgbarkeit der Landtags- u. Mitglieder, und über den Gesekentwurf, betreffend die Maßregeln gegen die Minderpest, gefaßten Beschlüsse gingen an die betreffenden Ausschüsse. In gleicher Weise wurden die Präsidialvorlagen über den Gesekentwurf, betreffend die Feststellung des Bundeshaushalts-Etats für 1870, und über den Entwurf einer Uebereinkunft mit der Schweiz wegen gegenseitigen Schutzes der Rechte an literarischen Erzeugnissen u. s. w. sowie endlich einige an den Bundesrath gerichtete Eingaben den betreffenden Ausschüssen überwiesen.

Berlin, 21. März. Se. Maj. der König hielt gestern Vormittag unter den Linden über die gesammte Gardebatterie der hiesigen Garnison eine Parade ab. Zur Vorfeier des Geburtstages Sr. Maj. fand gestern Abend im Königl. Palais ein Gesellschaftsfest statt. — Wie verlautet, wird der diesseitige Gesandte am Kaiserl. österreichischen Hof, Frhr. v. Werther, gleich nach dem Osterfest auf seinen Posten nach Wien zurückkehren. Mit Unrecht behaupten einige Blätter: derselbe sei von dort abberufen oder werde doch binnen kurzen einen andern Posten erhalten. Gestern Vormittag brach im Ministerium des Innern Feuer aus. Dasselbe entstand auf dem Boden in einem Holzgelaß und schien Anfangs sehr bedrohlich, weil neben diesem Gelaß sich ein Archiv mit vielen Akten befindet. Dem raschen und energischen Eingreifen der Feuerwehr gelang es aber, den Brand zu bewältigen, bevor er eine größere Ausdehnung gewinnen konnte. Der angerichtete Schaden ist nicht bedeutend. Doch war die das Archiv von dem Holzgelaß trennende Wand nahe daran, der Macht des Feuers zu weichen. — Wie aus Hamburg gemeldet wird, hat der dortige Rhyder Robert Miles Eloman auf die Konzeßion zur Beförderung von Auswanderern verzichtet. Vom Minister des Innern ist den Bezirksregierungen durch Rundschreiben amtlich davon Kenntniß gegeben worden, und zwar mit dem Bemerkten, daß in Folge dessen in Preußen auch die Konzeßionen aller bisher für diesen Rhyder thätig gewesenen Auswanderungsagenten erloschen seien.

Der Bundeskanzler hat gestern beim Norddeutschen Bundesrath den Gesekentwurf wegen Feststellung des Bundeshaushalts-Etats für das Jahr 1870 eingebracht. Dieser Etat schließt in Einnahme und Ausgabe balancirend mit 75 Millionen 958,495 Thalern ab. Die Ausgaben zerfallen in 71 Mill. 752,106 Thlr. dauernde und in 4 Mill. 206,389 Thlr. einmalige und außerordentliche. Der Gesamtbetrag

des Etats bleibt hinter dem auf 77 Millionen 701,135 Thlr. berechneten des Jahres 1869 um 1 Mill. 742,640 Thlr. zurück. Dieser Minderbetrag erklärt sich daraus, daß für 1870 von dem am 9. Nov. 1867 eröffneten Kredit nur noch ein Rest von 1 Mill. 251,076 Thlr. übrig ist, während der Etat für 1869 über einen Betrag von 5 Mill. 148,924 Thlr. aus dem Kredit verfügen konnte. Abgesehen von dieser Verminderung der außerord. Zuschüsse stellt sich im Vergleich zu 1869 für das Jahr 1870 eine Erhöhung des Bundesetats um 2 Mill. 155,208 Thlr. heraus. Die ordentlichen Einnahmen für 1870 sind auf 50 Mill. 206,052 Thlr. veranschlagt, und zwar: 48 Mill. 509,230 Thlr. aus den Zöllen und Verbrauchssteuern; 264,371 Thlr. aus den Uebererträgen der Post- und Zeitungsverwaltung; 77,807 Thlr. aus der Telegraphenverwaltung; 103,568 Thlr. aus verschiedenen Einnahmen der einzelnen Verwaltungszweige; 1 Mill. 251,076 Thlr. aus der oben erwähnten Marineanleihe des Bundes. Der weitere Bedarf zur Deckung der Gesamtausgaben stellt sich mithin auf 25 Mill. 752,443 Thlr. Diese Summe ist durch Beiträge der einzelnen Bundesstaaten nach Maßgabe ihrer Bevölkerung aufzubringen. Dabei kommen auf Preußen 19 Mill. 490,825 Thlr., auf das Königreich Sachsen 1 Mill. 933,786 Thlr., auf die übrigen Bundesstaaten 4 Mill. 327,832 Thlr. Für das Jahr 1869 sind die Matritularbeiträge auf 23 Mill. 344,906 Thlr. angesetzt. Ihr Mehrbetrag für 1870 beläuft sich also auf 2 Mill. 407,537 Thlr.

Oesterreichische Monarchie.

Prag, 20. März. Der Kabinetstath des früheren Kurfürsten von Hessen, Schimmelpfeng, erbat auf erhaltene Nachricht von schwerer Erkrankung seines Vaters in Kassel vom Bundeskanzler Graf Bismarck per Telegraph Erlaubniß, seinen Vater zu besuchen. Es wurden ihm zu diesem Zweck 8 Tage bewilligt.

Rumänien.

Bukarest, 19. März. Die Nachricht, die Regierung habe dem Polen Dunin die Erlaubniß, nach Rumänien zurückzukehren, erteilt, ist unrichtig. Die in dieser Angelegenheit mit dem französischen Geschäftsträger ausgetauschte Differenz ist beigelegt worden, ohne daß die Regierung Anlaß gehabt hat, ihre Entscheidung in Betreff der Ausweisung zu ändern.

Schweiz.

Schaffhausen, 19. März. (Bund.) In der letzten Großstadtraths-Sitzung wurde auf die Eisenbahn-Motion hin beschlossen: es haben Groß- und Klein-Stadtrath eine Versammlung auszusprechen, damit in derselben berathen werde, in welcher Weise Schaffhausen vorgehen solle; dann soll ein Komitee gebildet werden, welches sich mit den Komitees der Städte und Dörfer längs des linken Rheinufers bis nach Kreuzlingen in Verbindung zu setzen habe. Inzwischen bleiben auch die Winterturur nicht müßig, um ihr Andelfinger-Projekt zu fördern.

Genf, 21. März. Eine Arbeitseinstellung der Schriftsetzer, unterstützt durch die internationale Assoziation, ist erfolgt und rief eine lebhaftere Aufregung hervor.

Italien.

Florenz, 20. März. Die Abgeordneten-Kammer hat heute alle Kapitel des Marinebudgets bewilligt. Der Finanzminister hat den Gesekentwurf einer Uebereinkunft mit der Gesellschaft des Kanals Cavona vorgelegt. Die Kammer hat sich auf den 12. April vertagt. Das militärische und maritime Gesekbuch ist vom Senat angenommen worden.

Florenz, 20. März. Ritter Nigra ist heute Morgen auf seinen Posten nach Paris zurückgekehrt. Die Absicht, demselben den Gesandtschaftsposten in London zu übertragen, ist vorläufig aufgegeben.

Frankreich.

Paris, 20. März. Sitzung des Gesekgeb. Körpers vom 20. März.

Heute wurde die Diskussion des Kontingentsgesetzes begonnen. Gegenüber Picard, welcher sich gegen das neue Armeegesetz und die französischen Rüstungen aussprach, erklärte der Kriegsminister, daß er mit Erstaunen von solchen Angriffen gegen das Armeegesetz, welches für die Sicherheit der Nation notwendig sei, Kenntniß genommen habe. Das Armeegesetz habe Frankreich eine militärische Macht gegeben, wie es dieselbe zuvor nie besessen. Die neue Organisation sei fast beendet. Bei dringender Gefahr werde Alles sehr schnell fertig sein. Man könne sich aber Zeit nehmen, weil nichts Dem entgegenstehe. Der Minister bedauert, daß man den gegenwärtigen Augenblick gewählt habe, die neuen militärischen Institutionen zu erschüttern. Ohne Zweifel sei die militärische Organisation kostspielig, aber sie sei die am meisten demokratische in Europa. Man müsse nicht vergessen, daß Frankreich, welches keinen Haß kenne, die Macht sei, welche am wenigsten einen Schimpf ertrage, und daß es in seinen Augen das größte Unglück sein würde, unbewaffnet beschimpft zu werden. Das Land würde unwillig die Regierung, welche es dem ausgesetzt, stürzen. (Beifall.)

Heute wurde im Gesetzgeb. Körper der Vericht über das Budget vertheilt. In demselben heißt es, die Regierung wolle den Frieden. Die Kommission hat eine formelle Erklärung der Repräsentanten der Regierung erhalten, nach welcher kein Umstand vorhanden ist, der geeignet wäre, irgend welche Befürchtung zu rechtfertigen. Der Gedanke des Friedens beherrscht die Zeitlage.

Paris, 20. März. (Köln. Ztg.) Wer sich nicht täuschen will, wird dem Frohlocken der französischen Regierungspresse in Betreff der belgischen Eisenbahn-Frage nur einen sehr beschränkten Werth beimessen. Es ist wahr, daß man über die Bildung einer gemischten französisch-belgischen Kommission übereingekommen; aber man hat damit nur auf einen früher abgelehnten Vorschlag des Kabinettes Frère-Orban zurückgegriffen. Es ist ferner wahr, daß Belgien in handelspolitischen, und namentlich in Tariffragen sich bereit zu Unterhandlungen erklärt hat, die für Frankreich wohl Vortheile mit sich bringen könnten — aber welcher ein Unterschied zwischen diesen Zugeständnissen und der von Frankreich geforderten Anerkennung des Fusionsvertrages der französischen Ostbahn mit der belgischen groß-luxemburger Gesellschaft! Wenn man aber gutunterrichteten Angaben trauen darf, so hat Frankreich schon nicht mehr im Sinn, diesen Kaufvertrag durchzuführen, und es fordert weiter nichts mehr, um doch etwas, wenigstens scheinbar, zu erhalten, als daß der Betrieb der Bahnstrecke Arlon-Brüssel von der Ostbahn an Stelle der bisherigen anglo-belgischen Gesellschaft übernommen werden dürfe. Man wird nicht verfehlen, diese angebliche Konzession Belgiens als einen großen Sieg darzustellen; aber um zu sehen, wie wenig es damit auf sich hat, darf man sich nur erinnern, daß man, als es sich um den Ankauf der luxemburger Wilhelmsbahn handelte, eben argumentirte, es sei nicht genug, daß die Ostbahn diese Strecke betreibe, wie ihr dies vertragsmäßig schon seit Jahren zustand, sondern es müsse diese Linie gänzlich in den Besitz der französischen Gesellschaft gelangen. Dies aber wird man in Belgien nicht durchsetzen können; und da man ernstlich vorgeschlagen hat, die künftige Kommission, aus den betreffenden Verwaltungschefs beider Länder gebildet, solle sich zunächst damit beschäftigen, den am 31. Jan. geschlossenen Vertrag so zu modifiziren, daß er mit der neuen belgischen Gesetzgebung im Einklang stehe, so wird man nichts Anderes thun und können, als den abgeschlossenen Fusions- und Kaufvertrag in einen einfachen Betriebsvertrag zu verwandeln, wobei natürlich die staatliche Unterstützung in Form einer Zinsgarantie in Wegfall kommt, welche die französische Regierung der Ostbahn für alle die Linien bewilligt, die deren wirkliches Eigentum sind oder wurden. Auf diese Weise wird die Form gerettet, denn ein Vertrag bleibt jedenfalls zwischen den beiden Bahnen bestehen; aber für Jeden, der die Sache nicht nur oberflächlich beschauf, liegt darin nicht etwa ein Sieg Frankreichs, sondern nur eine goldene Brücke, die ihm das schwache Belgien auf den Vorschlag des vorstichtigen Englands für den Rückzug gebaut hat.

Paris, 20. März. Der Generaldirektor des Zollwesens und der indirekten Steuern, Hr. Barbier, ist zum Senator ernannt worden. — Der „France“ zufolge ist eine auf heute angelegte Sitzung des Ministerraths auf Montag verlegt worden, da eine bedenkliche Krankheit der Frau v. Lavalette ihren Gemahl verhindert hatte, derselben beizuwohnen.

Dasselbe Blatt meldet, daß Hr. Khangabe nun doch zum griechischen bevollmächtigten Gesandten in Konstantinopel ernannt worden sei. Wahrscheinlich werde aber seine Mission nur temporär sein. Er werde seinen hiesigen Posten ehestens verlassen, seine Familie aber bleibe hier, was zu der Vermuthung Anlaß gebe, daß er darauf rechne, später wieder auf den hiesigen Posten zurückzukehren.

Der Redakteur des Blattes „Cloche“, Louis Ullrich, ist zu sechsmonatlichem Gefängniß verurtheilt. — Rente 70.30, Cred. mob. 280, ital. Anl. 56.

Paris, 21. März. Der „Public“ sagt: Das Befinden des Kaisers (von dem Gerüchte gingen, daß er unwohl sei) ist durchaus befriedigend. „La France“ macht ähnlich lautende Mittheilungen. Der Kaiser wird morgen dem Ministerrath präsidiren.

Paris, 21. März. In der gestrigen Sitzung des Gesetzgeb. Körpers ward Art. 1 und Art. 2 des Gesetzesentwurfs, das diesjährige Kontingent von 100,000 Mann betreffend, angenommen, das von den Hh. Jules Simon, Magnin, Jules Favre, Bethmont, Belletan, Garnier-Pagès, Grévy, Hénon, Carnot, Picard, Glais-Bizoin eingebrachte Amendement aber, welches das Kontingent auf 80,000 Mann rebuzirt wissen will, mit 193 gegen 24 Stimmen nicht in Betracht gezogen.

Dem „Constitutionnel“ zufolge wird für nächsten Montag Mittag das Syndikat der Pariser Presse, bestehend aus den Hh. E. v. Girardin, Präsident, Léon Say, H. v. Riancey, Eug. Sibiat, Jules Ferry, Jules Mahias, Sekretär, sich bei seinem Präsidenten versammeln, um die Beschlüsse zu berathen, welche in der Frage der Abschaffung des Stempels für die Zeitungen, eine Frage, die durch eine Petition an den Senat auf die Tagesordnung gebracht worden ist, von der Presse gefaßt werden müssen.

Dasselbe Blatt theilt mit, daß eine gewisse Anzahl Frauen, welche seit einiger Zeit versuchen, eine soziale und politische Rolle zu spielen, eine Petition an den Senat gerichtet haben sollen, worin sie für das schöne Geschlecht das Stimmrecht in Anspruch nehmen.

Spanien.

Madrid, 19. März. Die Cortes beschäftigen sich mit der Ernennung der 36 Mitglieder, welche zur Bildung der vier kürzlich beschlossenen vorberatenden Ausschüsse erforderlich sind. Der mit der Ausarbeitung der Verfassung beauftragte Fünfzehnerausschuß wird erst nach Ostern so weit sein, den Entwurf vorlegen zu können; keinesfalls wird es den Cortes möglich werden, früher in die Berathung einzutreten. Der Vorsitzende, Hr. Dlozaga, — da sein Neffe vor einigen Tagen im Zweikampf gefallen ist, so braucht es der Unterscheidung durch die Vornamen (Salustiano und Celestino) nicht

mehr — hat bei den Vorarbeiten für die zur Religion in Beziehung stehenden Abschnitte des Entwurfs den Erzbischof von Santiago und den Bischof von Jaen zugezogen, was bei einem großen Theil der Volksvertreter starken Unwillen erregt hat. Man fürchtet, daß Dlozaga, dem man das bisherige Scheitern der vollen Kultusfreiheit zur Last legt, auch in die Verfassung kirchliche Bestandtheile von rückwärtlicher Natur einführen würde.

Celestino Dlozaga, der im Zweikampf gefallene Neffe Salustiano Dlozaga's und Sekretär der Cortes, ist heute unter großen Gepränge beerdigt worden. Nach dem Leichenbegängnisse traten die Cortes zusammen, und der Marquis v. Sarboal hielt eine Gedächtnisrede auf den Verstorbenen.

Madrid, 19. März. Cortessitzung vom 19. März. Um die Cortes vollständig über die Ereignisse von Xeres aufzuklären, verliest der Minister des Innern mehrere Telegramme, welche die Regierung von dort erhalten hat. Xeres, 18. März, 7 Uhr 48 Min. Abends. Der Brigadier Bagos an den Kriegsminister. Der Kampf dauert fort; 23 Barricaden sind vom Regiment Neuz genommen worden; der Platz Duemada und die Vorstadt der Albarzueta sind unser. Später: „Alle Barricaden sind genommen, es bleibt nur noch das Quartier San Miguel anzugreifen übrig.“ Später: „Das Stadtviertel San Miguel ist so eben mit empfindlicheren Verlusten als irgend wo anders erobert worden. Die Insurrektion ist vollständig zu Boden geschlagen. Die Insurgenten haben viele Menschen verloren und die Kavallerie hat ihnen viele Gefangene abgenommen, als sie aus der Stadt flüchteten. Die Zahl der Letzteren beträgt über 600.“

Meine Herren! — fährt der Minister fort — Dieser Sieg hat viel Blut gekostet. Die Verluste waren größer auf Seiten der Bürger als auf der der Krieger. Es ist bedauerlich, daß Spanien vorziehen, an die Gewalt zu appelliren, statt von der Regierung, von den Cortes, von der Nationalsoveränetät Abhilfe ihrer Beschwerden, wenn sie deren haben, zu verlangen. Derartige Ausschweifungen stützen die Cortes und die exekutive Gewalt in die tiefste Trauer, und das Trostloseste dabei ist, zu sehen, wie die Massen sich von vier Cleuden (dem Insurrektionsrathe) haben verblenden und hinreißen lassen, welche unter dem Deckmantel eines übertriebenen und lächerlichen Liberalismus Mißtrauen gegen die Regierung auszusäen suchen. Erwären wir über dergleichen Betrügnungen, aber wiegen wir uns nicht in eine falsche Sicherheit; und da, was in Xeres geschehen ist, anderwärts geschehen könnte, so wäre es wünschenswerth, wenn die Exekutive mit Vollmachten versehen würde, die sie in den Stand setzen würden, gleich im Anbeginn der Gefahr mit Energie zu handeln.

Madrid, 20. März. Cortes. Der Minister der öffentlichen Arbeiten kündigt, in Beantwortung einer Interpellation des Hrn. Balaguier, an, daß er nächsten Montag einen sehr liberalen Gesetzesentwurf bezüglich des Primar- und Secundär-Unterrichts, sowie einen anderen, die öffentlichen Arbeiten betreffenden, im Sinne vollständiger Decentralisation vorlegen wird. — Der Finanzminister zeigt die baldige Einbringung einer Gesetzesvorlage an, welche sich auf das Erlöschen gewisser Schuldenforderungen gegen den Staat bezieht.

Madrid, 20. März. Der Oberbürgermeister Rivero hat einen Erlaß veröffentlicht, welcher auf morgen in Madrid den Anfang der Aushebung durch Loos festsetzt; er theilt zugleich mit, daß der Gemeinderath der Stadt beschloffen hat, alle die vom Loose Betroffenen vom Heeresdienst loszulassen.

Portugal.

Lissabon, 20. März. Der König hat ein Dekret unterzeichnet, welches die Zahl der Abgeordneten vermindert und die Wahlen auf den 11. April anberaumt. Man hatte geglaubt, er würde es nicht unterzeichnen.

Belgien.

Brüssel, 19. März. Die Repräsentantenkammer hat heute die Vorschläge der Regierung zur Abänderung der gesetzlichen Bestimmungen über die Aufstellung der Wählerlisten mit 65 gegen 37 Stimmen angenommen. Die Kammer hat sich dann bis zum 13. April vertagt. — Die Verhandlungen zwischen dem französischen Gesandten und dem Ministerium schreiten fort. Die „Indep. Belge“ glaubt zu wissen, daß, wenn die Grundlagen für die Untersuchungen der internationalen Kommission einmal festgestellt sein werden, beide Regierungen eine Erklärung darüber in ihren offiziellen Organen veröffentlichen werden. Diese Erklärungen würden aber nicht vor Anfang nächster Woche erscheinen. — Es geht das Gerücht, daß die Kaiserin Charlotte sehr krank sei; der Dr. Jenner ist zur Konsultation über ihren Zustand von England herbeigekommen. — Vor den Affisen von Ostflandern werden jetzt die Verhandlungen über die vielbesprochenen Brandstiftungen von St. Genois beginnen. Der Anklageakt wirft die moralische Schuld an den verübten Unthaten der fanatischen Geistlichkeit des Ortes und im ersten Ursprung dem Bischof von Brügge vor.

Brüssel, 20. März. (Köln. Z.) Die Unterhandlungen zwischen dem Ministerium und dem französischen Gesandten sind zum Abschlusse gelangt; die belgische Regierung hat die letzten Vorschläge des Hrn. v. Lagueronnière angenommen; es sind diese ein Kompromiß zwischen den früheren französischen Vorschlägen und den Gegenvorschlägen des belgischen Ministeriums. Gestern hat man sich über die in den offiziellen Blättern zu Paris und zu Brüssel zu veröffentlichenden Erklärungen verständigt. Der Text dieser Erklärungen ist nach Paris gesandt worden und heute mit der Zustimmung des Marquis v. Lavalette zurückgekommen. Die Kommission wird nach Ostern zusammentreten, und man hofft, daß sie ihre Arbeiten vor dem Wiederbeginn der Kammersitzungen am 13. April beendet haben wird.

Griechenland.

Athen, 21. März. Der König ist von seiner zwanzigtägigen Rundreise am 14. d. M. zurückgekehrt. Die anfänglich für den 15. d. M. bestimmte Publikation des Kammerauflösungs-Dekrets ist auf den 28. d. M. verschoben worden. Im Beamtentande stehen radikale Veränderungen bevor.

Großbritannien.

London, 19. März. Unterhausung vom 18. März.

Vor dem in lautloser Stille lauschenden Hause beantragte heute der Premier formell die zweite Lesung seiner Bill über die Aufhebung der Staatskirche und Einziehung der Kirchengüter in Irland, worauf sich Disraeli, der Führer der Opposition, erhob und einen Gegenantrag auf Verwerfung stellte. Die zwei Stunden in Anspruch nehmende Rede, worin er diesen Antrag motivirte, knüpfte an Gladstone's Worte über die mächtige Tragweite der Bill an und zog daraus einen gewichtigen Grund für reifliche Erwägung, ehe man an ein so großes Werk gehe, wie das der Trennung einer Kirche vom Staat und der Konfiskatur ihrer Güter unlesbar sei. Ueber die letzteren beiden Punkte verbreitete sich der Redner ehe er zur Bill selbst überging. Ausführung der Union zwischen Kirche und Staat erklärte er für ein großes Uebel, und stellte die Ansicht auf, die Gegenwart neige dazu hin, der Religion ein Uebelgethüm in politischen Angelegenheiten zu geben. Im Weiteren erklärte er Einziehung der Kirchengüter ohne Angabe eines Grundes für Raub, wenn diese Maßregel aber begründet werde, für Konfiskation; der Staat stehe dem Privatenthum in der Rolle eines Vormundes, den Gütern einer Korporation hingegen als Kurator gegenüber, und als solcher habe er nicht das Recht, sich dieselben eigenmächtig anzueignen. Konfiskation von Kirchengütern sei hauptsächlich noch deshalb im Prinzip zu verwerfen, weil dieselbe in der Regel nur den Grundbesitzern zu Gute komme. Indem Disraeli diese Grundsätze auf die Bill in Anwendung brachte, war der Uebergang gelungen. In Irland, führte er aus, sei der Hauptgrund aller Unzufriedenheit, daß ein einflußreicher Klerus ohne Zusammenhang mit dem Staate sei. Die Vorlage des Premiers werde zu der unzufriedenen katholischen Gemeinschaft nur noch die anglikanische und die presbyterianische gesellen. Zudem sei diese harte Behandlung der Staatskirche durchaus unverdient und beruhe nur auf der Eifersucht der Katholiken. Die der Geistlichkeit angebotenen Entschädigungen gingen der Redner im Einzelnen durch und behandelte sie als unzureichend, während er eine permanente Dotation des Priesterseminars in Maynooth und der presbyterianischen Gemeinde aus den Kirchengütern als Gladstone's Versprechungen zuwiderlaufend verurtheilte. Die Tilgung des in eine Pachtabgabe umgewandelten Zehnten werde nur die Taschen der Grundbesitzer füllen und die notwendigen Folgen eines solchen gottesläderlichen Verfahrens werde man in einer Unzufriedenheit wiederfinden, welche entweder zur Rückerstattung oder zur Anwendung derselben Prinzipien auf die englische Staatskirche führen müsse, und das — erklärte er — sei überhaupt Gladstone's Ziel. Nachdem der Redner darauf noch die Regierung getadelt, weil sie keinerlei Organisation für die irische Kirche nach ihrer vollen Trennung ins Auge gefaßt, schloß er mit einem kräftigen Ausfall gegen die ganze Politik der Vorlage und sprach die zuversichtliche Erwartung aus, daß sie an der Mißbilligung der Gesetzgebung scheitern werde.

Als Disraeli unter den Zurufen seiner Parteigenossen geendet, leerte sich das Haus, und es ließen sich darauf für und gegen die Bill Hr. Gregory, Sir G. Jenkinson, Mr. Bowring, Mr. Brodric, Mr. Wilson und Mr. Croft vernehmen, ohne irgend etwas Neues zu Tage zu fördern. Die Dotation des Priesterseminars in Maynooth aus den Kirchengütern wurde mehrfach mißbilligend erwähnt, doch nahm sich der Minister für Irland, Hr. Chichester Fortescue, dieser Klausel ernstlich an. Die Debatte wurde darauf vertagt.

London, 20. März. Unterhausverhandlungen vom 19. März.

Gestern wurde die Berathung der irischen Kirchenbill fortgesetzt. Es genügt, aus der Debatte Folgendes herauszuheben: Sir Stafford Northcote gab im Wesentlichen zu, daß die englische Regierung den Irländern lange schweres Unrecht gethan habe, und ließ auch wohl merken, daß nach seiner Ansicht gelegentlich die Kirche dabei als Werkzeug benutzt worden sei; indessen habe sich das Alles in den letzten 30 Jahren geändert. Um Irland zufrieden zu stellen, bedürfe es nur einer verhältnißmäßigen Gesetzgebung und die irische Staatskirche, in deren Bekämpfung das Ministerium nicht einmal unter sich einig sei, werde in ihrer gegenwärtigen Verfassung dazu dienen, die Gegenläge zu mildern, denn Projekten zu machen, sei überhaupt nicht ihre Pflicht und Bestimmung.

Hierauf erwiderte John Bright, laut begrüßt, auf seinem Platz, und als er zur Erwidering aufstand, erfolgte ein neuer Ausbruch des Beifalles. Unter lautloser Stille begann er seine Rede, indem er die Dringlichkeit der irischen Kirchenfrage, die selbst Lord Stanley eingeräumt, kräftig hervorhob, sprach dann von der Unfähigkeit des Ministeriums Disraeli dieser Frage gegenüber und ging darauf zur Rechtfertigung der Gladstone'schen Vorlage über. Dazwischen zog sich eine scharfe Kritik über Disraeli's Haltung Irland gegenüber im Allgemeinen und über seine Befähigung in Behandlung historischer Thatfachen während seiner Rede am Abend vorher insbesondere durch. Die Verwendung der Kirchengüter zum Wohl der Unglücklichen und Hilfsbedürftigen verfocht er im weitern Verlauf als vollständig im Einklang mit dem Geist des Christenthums und daher auch mit den Absichten der Eifer, und schloß seine äußerst wirkungsvolle und glänzende Rede mit folgenden Worten: „Wenn ich diese große Vorlage betrachte — und ich kann das Haus versichern, ich habe sie mehr und genauer betrachtet als die Mehrzahl der ehrenw. Mitglieder, weil ich sie Linie für Linie und Klausel für Klausel wachser und mit steigendem Interesse zur Vollendung kommen sah — wenn ich die Vorlage betrachte, so sehe ich in ihr eine Maßregel, die eine innigere und festere Union zwischen Irland und England erstrebt. (Beifall und Oh von den Oppositionsbänken.) Wenn Sie ein besseres Heilmittel haben (zu der Opposition genehmet), so will ich für meine Person ihm gern eine billige Erwägung gönnen. Ich sage: ich sehe, daß die Vorlage unserm Volk Ruhe, dem Reiche größere Stärke und der Krone neuen Glanz und neue Würde verleihen wird. Ich wage es, für diese Bill die Unterstützung aller guten und denkenden Menschen zu beanspruchen, und ich glaube und zweifle nicht, daß sie in ihren baldigen großen Wirkungen den Segen des Allerhöchsten haben wird; denn ich glaube, sie ruht auf jenen Grundbänken der Gerechtigkeit und Barmherzigkeit, welche die glorreichen Attribute seines ewigen Reiches sind.“ Die Rede schloß unter lautem langanhaltendem Beifall, worauf das Haus sich vertagte.

London, 20. März. In Sheffield haben gestern Unordnungen in Folge von Reden stattgefunden, die der orangefarbene Agitator Murphy hielt. 400 Irländer haben das Meeting angegriffen. Viele Personen wurden verwundet.

Amerika.

Lissabon, 20. März. (Paraguayische Quelle.)

Die Nachrichten von La Plata bestätigen die Plünderung von Assumption durch die Brasilianer. Lopez reorganisiert mit großer Thätigkeit seine Armee in Cerro-Leon. Als provisorische Hauptstadt dient ihm Piribebuy, wo sich das diplomatische Corps und die Konsuln von Nordamerika, Frankreich, Italien u. aufhalten. Die Verbündeten bleiben unbeweglich in Assumption stehen, da sie in's Innere des Landes einzudringen fürchten. Die paraguayischen Truppen zeigen sich überall. Die Beziehungen zwischen den Brasilianern und Argentinern werden mit jedem Tag gespannter, in Folge der Streitigkeiten, die zwischen den brasilianischen und argentinischen Heerführern gelegentlich der Plünderung der Hauptstadt durch die brasilianischen Truppen ausgebrochen sind.

Vermischte Nachrichten.

— **Laub.** 19. März. Bei der Prämienziehung des Laubers Hinfenden Botten fielen 100 Zhl. auf Nr. 337,602, 60 Zhl. auf Nr. 86,334, 50 Zhl. auf Nr. 378,429, 40 Zhl. auf Nr. 49,693, 30 Zhl. auf Nr. 612,426 und 20 Zhl. auf Nr. 629,784.

— **Stuttgart.** 21. März. Nächsten Mittwoch findet in Friedrichshafen eine Versammlung des Vereins für Kunde des Bodensees und seiner Umgebungen unter dem Vorfige des Oberamtsarztes Dr. Moll zu Tettnang statt. Dem Vernehmen nach werden verschiedene Vorträge dabei gemacht werden, welche zur Veröffentlichung einer Schrift des Vereins Anlaß geben dürften. Besondere Aufmerksamkeit verdient ein Panorama des Bodensees und seiner Umgebung, welches von der Vogelperspektive aufgenommen, den See und seine Umgebungen in sehr weitem Umfange darstellt und dadurch doppeltes Interesse erregt, als dieses Panorama schon sehr alt ist und uns Alles in dem Stande vor Augen führt, wie es im Mittelalter zur Zeit der eigentlichen Befreiungskämpfe gegen das Haus Habsburg gewesen. Auf dem See fahren Kriegsschiffe, mit kampferfahrenen Mannschaften besetzt; die Städte, wie Konstanz, Meersburg, Buchhorn (das heutige Friedrichshafen), Lindau, Bregenz u. sind noch mit Wällen, Thürmen und Gräben besetzt, Mitterburg, wie Montferrat u. s. w., zeigen ihre noch unzerstörten Thürme; auch die Klöster und Abteien sind gegen Ueberfälle durch Befestigungen geschützt. Das Panorama dehnt sich aus bis St. Gallen im Süden, Schaffhausen, das Höbgenau mit Hohentwiel und Hohentwiel, Billingen, Kottweil a. N. im Westen, bis Ravensburg, die Weisburg und Waldburg im Norden, Feldkirch im Osten u. s. w. Ohne Zweifel wird dieses merkwürdige Panorama, das bereits photographirt im Besitze Sr. Maj. des Königs ist, durch den Stich vervielfältigt und so auch Andern zugänglich gemacht werden.

— In Bonn wurde am 17. März, Morgens, wenige Minuten vor halb 10 Uhr, eine ziemlich heftige Erderschütterung, verbunden mit starkem unterirdischem Rollen, wahrgenommen.

— **Kassel.** 19. März. (Hess. St.-Ztg.) Vom hiesigen Amtsgericht I. ist vor kurzem ein Rechtsstreit zwischen der Fürstin von Hanau und der Hauselbicommiss-Verwaltung zu Gunsten der Ersteren entschieden worden. Das sog. Kleine Palais in der Königsstraße ist nämlich nebst den Hintergebäuden in der Karlsstraße in den Wäherstabsbüchern auf den Namen der Fürstin von Hanau eingetragen. Trotzdem fand es Hr. v. Heeringen für angemessen, das eine der Gebäude in der Karlsstraße durch Errichtung einer Balkenwand im Hof vom Kleinen Palais abzutrennen. Hiergegen wurden vom Anwalt der Fürstin die nötigen Rechtsmittel ergriffen und Hr. v. Heeringen verurteilt, die Wand wegzuräumen und die Besitzerin des Gebäudes im Besitz desselben zu belassen.

— Der 18jährige Erbprinz von Meiningen, der nächste Oftern die Universität Heidelberg besuchen wird, hat bereits ein Wäherstabsbuch unter dem Titel „Kaiser Heinrich V. Trauerspiel in 5 Aufzügen, von Bernhard“ verfaßt. Dieses erschien vor kurzem im Druck, aber nicht im Buchhandel.

— **Dresden.** 20. März. Der Uebertritt des Grafen Karl von Schönburg-Glauchau zum Katholizismus hat die Frage veranlaßt, ob derselbe seine Rechte als Patron zahlreicher evangelischer Kirchen und Schulen weiter ausüben darf. Man erwartet eine vernünftige Entscheidung, da verfassungsmäßig selbst der König als Nichtprotestant keine kirchlichen Hoheitsrechte ausübt.

— Die Liedge-Stiftung in Dresden hat 1868 an Ehrengaben an Dichter, Künstler u. 4200 Zhl. in Posten von 100 bis 300 Zhl. vertheilt. Das Vermögen der Stiftung (welche bekanntlich aus der vom Major Serre veranstalteten Schiller-Lotterie reich dotirt wurde) beträgt etwa 180,000 Zhl.

— **Hannover.** 18. März. Ewald in Göttingen hat sich zur Annahme einer Wahl in den Reichstag, an die Stelle des Hrn. v. Münderhausen, bereit erklärt, und nach dieser Zusage wurde er in einer gestrigen hiesigen Bürgerversammlung einstimmig als Kandidat proklamirt.

— Der österreichische Finanzminister Dr. Breitel wurde in diesen Tagen gefragt, warum er dem Hrn. Ritter v. Wertheim nicht die Ehre seiner Gegenwart gebührt habe, als dieser mit seinen Arbeitern die Jubelfeier der zwanzigtausendsten feuerfesten Wertheim'schen Kaffe beging, und entschuldigte sich lächelnd mit der Bemerkung: „Sie wissen, ich bin kein Freund von leeren Kassen.“

Badische Chronik.

* Bürgerthum und Genossenschaften.

Bis jetzt ist man überall der Meinung gewesen, die Genossenschaften seien recht eigentlich im Interesse des mittleren Bürgerstandes ins Leben gerufen. In der That ist diese Klasse überall die Trägerin der Vorschüßvereine und ähnlicher Anstalten, es gehört heute schon kein großer Scharfblick dazu, um die ganz erstaunlichen segensreichen Wirkungen wahrzunehmen, welche gerade auf den Mittelstand von denselben geübt worden sind. Man hat es den Genossenschaften sogar zum Vorwurf machen wollen, daß sie nur oder fast nur dem Bürgerstande dienen, dem Arbeiterstande aber erst durch eine lange, mühselige Entwicklung zu Gute kommen könnten, ja nach Laßalle dem Arbeiter gar nichts helfen; und wenn auch Jenes so unbegründet ist wie Dieses, so bleibt es doch richtig, daß der mittlere Bürgerstand in erster Reihe es ist, welcher die Vortheile des Genossenschaftswesens für sich ausnützt. Auch die Konsumvereine machen nur scheinbar eine Ausnahme hiervon. Einer richtigen Volkswirtschaft kann

nichts ferner liegen, als den Grundfah der Arbeitstheilung bekämpfen, als die produktive Thätigkeit der Gesellschaft in den Selbstbetrieb eines Vereins zusammenfassen zu wollen. Unsere Konsumvereine erfüllen einen doppelten Zweck: einmal, die Kapitalanammlung zu befördern und den Trieb genossenschaftlichen Zusammenstehens auf immer weitere Kreise zu übertragen; sodann, ein Gegengewicht zu bieten gegen die Ausschreitungen, welche der freigegebene Gewerbebetrieb im Gefolge hat, sowie einen Ersatz für die Mängel, welche in Folge Schlenndrians oder mangelnder Konkurrenz (vielleicht auch mangelnden Kapitals) bei einzelnen Gewerben noch hervortreten. Das Erste dient offenbar in außerordentlichem Maße der Gesamtheit, und wiederum ganz besonders dem mittleren Bürgerstande. Oder wird nicht dieser Stand vor allen anderen den Gewinn haben von einer gesteigerten Verbrauchsfähigkeit einerseits, von einer fortschreitenden Gewöhnung zu wirtschaftlichen Verbindungen aller Art (Rohstoff-, Magazinvereinen u. s. w.) andererseits? Und ist nicht die Gewöhnung an's Baarzahlen, welche durch die Konsumvereine so mächtig gefördert wird, ein Schritt zur Beseitigung eines der schwersten Mißstände für Handwerker und andere Gewerbetreibende, der langen Borgfrist? — Das Zweite richtet sich allerdings zunächst gegen gewisse Gewerbe, wird als eine Benachtheiligung derselben empfunden, und daher denn auch begrifflicher Weise vielfach mit scheelen Blicken angesehen. In einer Stadt wie Karlsruhe, wo der Beamtenstand ein so starkes Kontingent der Einwohnerchaft ausmacht, und wo man deshalb geneigt ist, den Gegenstand zwischen den Interessen der gewerbetreibenden Bürger und der anderen Einwohner scharfer zu betonen, als gerade nötig wäre, tritt dies noch merkbarer hervor. Aber trotzdem behaupten wir unerschrocken, daß selbst die Konsumvereine den Gewerbetreibenden mehr nützen wie schaden. Man vergesse nicht, daß die Gründung eines Konsumvereins (wie aller derartigen Anstalten) eine so schwierige Sache ist, daß nur eine Art Nothzustand sie jeweils ermöglicht. Es muß schon weit kommen, bis die Bedingungen zusammenfallen, unter denen man sich zur Gründung von Konsumvereinen (oder gar von noch weitergehenden Anstalten beaufs eigener Produktion) aufrafft. Ein solcher Zustand aber, welcher so zu sagen gewaltthätig zu Schutzvereinigungen der Konsumenten nötigt, ist stets von Haus aus ein ungesunder und auf die Dauer unhaltbarer. Man wird nicht behaupten wollen, es seien die Preise der Lebensbedürfnisse gleichgültig für die Blüthe einer Stadt, und es sei also ohne Werth, ein offenes Mißverhältnis zu beseitigen. Aber selbst da, wo es sich nur um Erzielung gewisser Vortheile (Rabatt) für die Konsumenten handelt, kann von einer Benachtheiligung der Geschäftsleute nicht die Rede sein; sie haben ja dafür den Vortheil einer gesicherten Kundenschaft und einer Zahlung, welche so gut ist wie Baarzahlung und jede Möglichkeit von Verlusten aufhebt.

Alle diese Dinge sind nun nichts Neues und es schien sich, wie gesagt, aus ihnen zu ergeben, daß Niemand mehr als der mittlere Bürgerstand jeden Tag segnen sollte, wo das Genossenschaftswesen einen weiteren Schritt vorwärts thut. Ein Artikel im Karlsruher Anzeiger, Nr. 65 vom 18. März, unterzeichnet H., belehrt uns eines Andern. Wir ersuchen aus demselben: erstens, daß der Beamte, der Professor u. s. w., dem die Preise der Lebensbedürfnisse zu hoch zu sein scheinen und der sich deshalb nach Mitteln umsieht, wie er mit seinem Gehalte besser auskomme, lieber an seinen Luxusbedürfnissen sparen soll; zweitens, daß die Konsumvereine rechte Kommunismustheorien sind, denen es nicht weniger wie den Vassallanern — nur auf einem anderen Wege — darum zu thun ist, den Bürgerstand zu ruiniren, daß alle „gebotenen Vorträge“ über Otkroi und Konsumvereine denselben Zweck verfolgen, und daß daher die „liberalen“ Leute, von denen diese Dinge ausgehen, es in Wahrheit mit dem Bürgerstande um nichts besser meinen als die Jesuiten mit ihrer aufbegehenden Parole „Waisbürger“.

Man sollte eigentlich diese Sätze nur auszusprechen brauchen, um sofort den kolossalen Mißverstand aufgedeckt zu haben, welcher ihnen zu Grunde liegt. Hier ist ja geradezu für eine gewisse Bürgerklasse ein Recht der Ausübung in Anspruch genommen, und ist erklärt, daß die betreffende Bürgerklasse nicht mehr zu existiren vermöge, wenn sie diese Ausübung nicht mehr üben könne. Ist das wirklich wahr? Ist die Blüthe einer Stadt daran gebunden, daß ganze Stände der Einwohnerchaft ihren Luxusverbrauch (und ihre Kapitalanammlung!) einschränken müssen, um die nötigsten Lebensbedürfnisse recht theuer zu bezahlen, während sie auf dem Wege der Vereinigung billiger und besser zu beschaffen sind? Ist das wirtschaftlicher Fortschritt und gedeiht dabei der Einzelne wie die Gesamtheit, wenn gewisse Gewerbetreibende auf ihre Preise ein Monopol haben? — Wenn Hr. H. das Kommunismus nennt, daß wir die Konsequenzen der Gewerbefreiheit auch nach dieser Richtung hin ziehen, daß wir keine Rea-lerche anerkennen, sondern in jedem Geschäft nur einen Faktor der Arbeitstheilung erblicken, welcher aber seine Berechtigung verliert, sobald die gleiche Sache auf eine andere Weise billiger und besser hergestellt werden kann — dann allerdings sind wir in seinem Sinne Kommunisten. Wir sind es trotzdem, daß die freie Thätigkeit des Einzelnen die Grundlage aller unserer Bestrebungen ist, und daß wir zunächst nichts eifriger betreiben, als die Ermunterung zum Sparen und die Auffindung aller möglichen Mittel und Wege, dasselbe zu befördern. Was natürlich nach Hrn. H. wohl nur darum geschieht, um nachher desto mehr Stoff zum „Kommunismus“ zu haben.

Der gesunde Sinn der Karlsruher Bürgerschaft wird sich, bezügl. uns, gewiß, auch ohne diese kurze Besprechung mit Kopfschütteln oder mit Unwillen von jener gehässigen Kundgebung abgewendet haben. Aber gerade jetzt, wo so mancherlei Mißverständnisse in Folge der stattgehabten, vielleicht etwas plötzlichen und unvermittelten Anregungen aufgetaucht sind, schien es uns gleichwohl nicht überflüssig, einer derartigen Kundgebung alsbald mit dem Hinweis auf ihre Bodenlosigkeit zu begegnen.

Karlsruhe. 21. März. Die türkische Regierung hat in Frankreich zwei (dem Vernehmen nach zum Nachdienst bestimmte) Kanonenboote erbauen lassen, welche auf dem Transport nach ihrem Bestimmungsorte demnächst mittelst der französischen Kanäle in Strassburg, resp. Rehl, ankommen werden, und von da ihre Reise auf dem Rhein, Main, Main-Donau-Kanal und der Donau zurücklegen sollen. Die Erlaubniß für den ungehinderten Transport dieser Fahrzeuge ist von den betreffenden Staaten, deren Gebiet berührt wird, durch Vermittlung der französischen Regierung eingeholt worden.

— **Pforzheim.** 20. März. Den beifalls der vorzunehmenden Prüfungen ausgegebenen Jahresberichten der hiesigen höheren Lehrerschule und der Gewerbeschule entnehmen wir folgende Notizen: Die erste Anstalt zählte im verfloffenen Jahr 197 Schülerinnen, wovon 173 dem evangelischen, 22 dem katholischen und 2 dem israelitischen Bekenntnisse angehören. Am Schluß des Jahres waren noch 177 Schülerinnen anwesend. Das Lehrpersonal zählt, die Religionslehrer nicht gerechnet, drei Lehrer und drei Lehrerinnen (Direktor Jees). In einem besondern Fortbildungskurs, welcher von Mädchen besucht wird, welche die eigentliche Schule durchlaufen haben, wird neben weiblichen Arbeiten deutsche und französische Sprache, einfache Buchführung und englische Sprache gelehrt. Der Jahresbericht enthält eine Beilage über „Frauenemancipation“, das Wortwort desselben erwähnt die wohltätigen Wirkung der neuen Bestimmung, wonach die Mädchen bis nach Zurücklegung des 14. Lebensjahres schulpflichtig sind.

Die Gewerbeschule hatte 557 Schüler, wovon 339 Schüler der eigentlichen Gewerbeschule, 187 Schüler dem Vorbereitungskurse, und 45 Schüler einer besondern Handelsabtheilung angehören; 14 Handelschüler zählen auch als Gewerbeschüler. Die Anstalt zählt sechs Lehrer (Direktor Huber). Das Wortwort des Berichts führt verschiedene Vervollständigungen des Lehrpersonals an. Erfreulich ist es, aus dem Bericht zu entnehmen, daß die Einwohnerchaft der genannten Anstalt stets eine rege Theilnahme schenkt, welche auch im letzten Jahr wieder durch zahlreiche Geschenke bekundet worden ist. Wir führen betreffs der letzteren an, daß eine große Anzahl hiesiger Einwohner der Gewerbeschule die Vergütung zulassen ließ, welche für die, im letzten Spätjahre stattgehabte Truppeninquantierung aus der Staatskasse zugewie'n wurde.

Heute und am Montag wird Hr. Professor Zimmermann aus Siegen zwei Vorträge über die Faustsage und über Göthe's „Faust“ im hiesigen Museumsaal halten.

— **Mannheim.** 21. März. Gestern beging das hiesige Infanterieregiment die Geburtsstagsfeier Sr. Maj. des Königs von Preußen — des Regimentes Inhaber und Chef — mit einer Wachparade auf dem Zeughausplatz, welcher ein Festessen des Offizierskorps folgte. Sämmtliche Staatsgebäude hatten geflaggt.

— **Baden.** 19. März. Heute Vormittag 1/12 Uhr wurde die von Sr. Königl. Hoheit dem Großherzog unterm 2. d. M. dem hiesigen Stadtpfarrmehner S. Sulzer verliehene silberne Verdienstmedaille demselben unter Anwesenheit der Staats- und Gemeindebeamten, der Geistlichkeit und der Mitglieder der Stützungskommission von Hrn. Stadtdirektor Jchren. v. Böler im katholischen Stadtpfarrhause mit einer die Verdienste des ehrenvollen Kirchendieners hervorhebenden Ansprache überreicht. Hr. Dekan Grafmüller verlas ein für den Jubilar bestimmtes Dankschreiben vom Erzbischof. Kapitelvikariat, und Hr. Bürgermeister Gaus brachte in schönen Worten Namens der Gemeinde seine Gratulation dar. Der Dekan, von ernstlicher Rührung ergriffen, sprach hierauf seinen Dank für diese allerhöchste Auszeichnung aus. Stadtpfarrmehner Sulzer befindet sich jetzt im 80. Lebensjahr und steht schon 56 Jahre im Dienst der Kirche, in welchem er sich durch unermüdelichen Fleiß und seltene Gewissenhaftigkeit auszeichnete, und es herrscht deshalb in allen Kreisen der hiesigen Bevölkerung die allgemeinste Theilnahme über die diesem Ehrenmann am Abend seines Lebens zu Theil gewordene allerhöchste Auszeichnung.

— **Aus dem Oberlande.** 21. März. Dem lebhaftesten Interesse, welches in letzter Zeit der Meteorologie zugewendet wird, und welches auch die Großherzogliche Regierung in anerkannter Weise bekundet, hat dieser Tage auch der französische Unterrichtsminister, Hr. Duruy — in seinem dem Kaiser erstatteten Berichte — Ausdruck geliehen. Nachdem er sich zuvor über die Pflege der Medizin, welche Disziplin gewiß mehr wie jede andere zur Erfüllung humaner Zwecke berufen ist, geäußert hat, fährt er fort: „Die Meteorologie vereinigt ebenfalls die doppelte Eigenschaft, sowohl eine der sorgfältigsten Wissenschaften der hohen Theorie, als zugleich die Forschung nach sehr nützlichen Anwendungen für den Ackerbau und die Schifffahrt zu sein. Denn man hört mit Recht, daß sie einstens die natürlichen Gesetze entdecket werbe, welche in gewissen Fällen den Ackerbauenden und Schiffsfahrern das erste ihrer Güter, die Sicherheit, verleihe werden.“ — Aus dem Umstand, daß der Minister die meteorologische Wissenschaft der medizinischen Seite stellt, dürfte auch ihre Wichtigkeit für die Staats-Gesundheitspflege genügend hervorgehen; und wir hören mit Befriedigung, daß an der medizinischen Fakultät zu Wien eine eigene Lehrkanzel für Klimatologie in neuester Zeit errichtet worden ist.

Frankfurt. 22. März. — Uhr — Min. Radm. Oesterr. Kreditaktien 284 1/2, Staatsbahn-Aktien 310 1/2, National 55 1/4, Steuerfreie 52, 1860r Loose —, Oesterr. Valuta 95 1/2, Avroz. bab. Loose —, Am ritaner 87 1/2, Gold —.

Witterungsbeobachtungen der meteorologischen Zentralstation Karlsruhe.

	Barometer.	Thermometer.	Feuchtigkeit in Prozenten.	Wind.	Himmelsmel.	Witterung.
19. März						
Morg. 7 Uhr	27° 9,6"	+ 4,2	0,78	S.W.	gg. bed.	trüb, windig, raub
Morg. 2 "	27° 8,0"	+ 7,3	0,63	S.W.	" "	windig, regnerisch
Nacht 9 "	27° 6,0"	+ 4,3	0,84	E.	" "	gelinde
20. März						
Morg. 7 Uhr	27° 3,6"	+ 4,6	0,88	S.W.	bn. bed.	regnerisch, frisch
Morg. 2 "	27° 2,9"	+ 7,7	0,51	S.D.	gg. "	trüb, regnerisch
Nacht 9 "	27° 3,2"	+ 4,0	0,78	S.W.	halb "	hell, gelind

Verantwortlicher Redakteur: Dr. J. Herm. Kroenlein.

Großherzogliches Hoftheater.

Dienstag 23. März. 1. Quartal. 36. Abonnementsvorstellung. Das Nachtlager in Granada, Oper in 2 Akten, von Konradin Kreutzer. Anfang 1/4 7 Uhr. Ende 9 Uhr.

3.r.298. Baden. Allen Freunden und Bekannten theile ich die traurige Nachricht mit, daß meine liebe Frau Charlotte Joseph, geb. Bertrand, heute Nachmittag 1/4 4 Uhr sanft entschlafen ist. Baden, den 20. März 1869. Joseph, Pfarrer.

3.r.311. Mannheim. Theilnehmenden Freunden und Bekannten diene zur Nachricht, daß unser lieber Vater, Karl Herrmann, Groß. Oberpferdearzt im 1. Leib-Drägerregiment, heute früh 1/2 10 Uhr sanft entschlafen ist. Mannheim, den 21. März 1869. Die tiefbetrübten Kinder.

3.r.223. Baden.
Bekanntmachung.
Die Eröffnung der höheren Töchter-Schule in Baden findet zufolge Beschlusses des Gemeinderaths vom heutigen, Nr. 586,

Dienstag den 6. April d. J., Vormittags, statt; was wir mit dem Ansehen zur öffentlichen Kenntniss bringen, daß nach § 9 der höhern Orts genehmigten Statuten von den die Anstalt besuchenden Schülerinnen an die Stadtkasse ein Schulgeld, und zwar:
für die I. und II. Klasse von . . . 16 fl.
III. 24 fl.
IV. 24 fl.
V. 36 fl.
VI. 36 fl.
jährlich zu bezahlen ist. Auf Ansuchen kann der Gemeinderath einzelnen Schülerinnen wegen Dürftigkeit das Schulgeld ganz oder theilweise nachlassen. Anmeldungen um Aufnahme in diese Anstalt wollen binnen 14 Tagen unter Angabe des Namens und Alters der Schülerin bei dem hiesigen Bürgermeister eingereicht werden, welches auch zu etwaiger Auskunftserteilung und Mittheilung der Satzungen bereit ist. Baden, den 16. März 1869. Der Gemeinderath. G a u e.

3.r.310. Soireen
des Improvisators Professors
W. Herrmann.
Der Charwoche wegen wird die nächste Soiree erst nach Oftern stattfinden.

Stellegefuch.
Ein im Rechnungswesen geübter, sowie in allen Zweigen der Verwaltung erfahrener Mann in den besten Jahren, verheirathet und lautionsfähig, wünscht seine bisherige Stellung zu ändern und sucht als Rechnungsführer oder Verwalter bei einer Grundbesitz-Anstalt. Gefällige Offerten nimmt die Expedition d. Blattes entgegen. 3.r.294.

Kellnergefuch. 3.r.214. Ein junger Kellner, welcher gute Zeugnisse besitzt, findet sogleich Engagement. Näheres bei der Expedition dieses Blattes.

Commisgefuch. 3.r.312. Ein angehender Commis wird in ein gemischtes Baarengeschäft zu engagiren gesucht. Der Eintritt wird jedoch sogleich gewünscht. Adresse nennt die Expedition dieses Blattes.

Konditorstellegefuch. 3.r.299. Zwei Konditorgehilfen, welche in allen Branchen der Konditortier vollständig bewandert und selbstständig zu arbeiten verstehen, suchen eine Stelle. Der Eintritt kann sofort oder erst in einigen Wochen erfolgen. Gefällige Offerte wollen unter A. M. Nr. 25 an die Expedition dieses Blattes eingeben werden.

Gefuch. 3.r.300. Ein junger Mensch, des schon 27. Jahre bei einem Gerichtsnotar beschäftigt, im Rechnungswesen erfahren ist, eine schöne Handschrift schreibt und gute Zeugnisse vorlegen kann, sucht eine ähnliche Stelle. Näheres ertheilt die Expedition dieses Blattes unter Nr. 300.

Uhrmacherlehrlings-Aufnahme. 3.r.303. Ein gut erzogener Bursche, der die Uhrmacherei lernen will, kann gleich eintreten bei **L. Busch**, Uhrmacher in **Offenburg**.

3.r.174. Eine Erfindung von ungeheurer Wichtigkeit ist gemacht, das Naturgesetz des Haarwachstums ergründet. **Dr. Wakerfon** in London hat einen Haarbalsam erfunden, der Alles leistet, was bis jetzt unmöglich schien; er läßt das Ausfallen der Haare sofort aufhören, befördert das Wachstum derselben auf ungläubliche Weise und erzeugt auf ganz kalten Stellen neues, volles Haar, bei jungen Leuten von 17 Jahren an schon einen starken Bart. Das Publikum wird dringend eruchtet, diese Erfindung nicht mit den gewöhnlichen Marktgeschreien zu verwechseln. **Dr. Wakerfon's** Haarbalsam ist in Original-Metallbüchsen à 2 fl. echt zu haben im Haupt-Depot von **Th. Brugier** in **Karlsruhe**, Kronenstraße 19.

Hofgut Hohenwetterbach bei Durlach. 3.r.288. Zwei gut eingefahrene Wagenpferde, Braun-Wallachen, ohne Abzeichen, und zwei starke Rappkuten, zum schweren Zug geeignet, hat zu verkaufen **Die Grundherrliche Verwaltung.**

3.r.297. In der **G. F. Winter'schen** Verlagsbuchhandlung in Leipzig und Heidelberg ist so eben erschienen:
Baron Carl Claus von der Decken's Reisen in Ost-Afrika in den Jahren 1859 bis 1865. Herausgegeben im Auftrage der Mutter des Reisenden, Fürstin Adelheid von Pleß, von **Offo Herken**, früherem Mitgliede der von der Decken'schen Expedition. **Erzählender Theil.** Mit zahlreichen Abbildungen, gezeichnet von **C. Heyn**, **C. Heyn**, **G. Sundblad** und Anderen, und Karten von **B. Haffenstein**. **Erster Band.** gr. 8. carton. Preis 5 Thlr. 15 Ngr.
Ein wirklich gutes Reisebuch ist eine Seltenheit, eine schwierige, nicht oft gelöste Aufgabe. Ist es anziehend, lesbar und unterhaltend, so hat es in der Regel wenig oder keinen geographischen Werth; ist es dagegen geistreich und inhaltreich, so ist es gewöhnlich seiner Form nach langweilig und abstoßend. Das vorstehende Werk aber vereinigt in seltener Weise beide gute Eigenschaften und ist deshalb sowohl denjenigen zu empfehlen, welche ein unterhaltendes Reisebuch suchen, als denen, welche ein Buch wissenschaftlichen Inhalts erwarten.
Das vollständige Werk wird aus zwei Theilen bestehen, aus einem erzählenden und einem wissenschaftlichen, von welchen jeder wieder in zwei Bände zerfällt.
Käufer des erzählenden Theiles sind nicht zur Annahme des wissenschaftlichen verpflichtet.

Die landw. Schule Hochburg
beginnt den Sommerkurs am 1. Mai. 3.r.171.
Zweck der Anstalt: 1) Heranbildung von Landwirthen für mittelgroßen Grundbesitz. 2) Vorbereitung für Solche, die eine höhere landw. Lehranstalt besuchen wollen. 3) Militärdienstige Schüler für die Prüfung zum einjährigen freiwilligen Dienst vorzubereiten.
13 der Schüler haben letzten Herbst die Prüfung z. Thl. in Baden, z. Thl. in Preußen gemacht, und wurden als Einjährige-Freiwillige aufgenommen.
Vollständiger theoretischer und praktischer Unterricht und Anleitung in den mathemat., naturwissenschaftl. und landw. Fächern, soweit dieselben für den rat. Landwirt nöthig.
Lehrmittel: chem. Laboratorium, reichhalt. Bibliothek und Lesezimmer, 400 Brg. Gutswirtschaft, Obst- und Hopfen-Anlage; 16 Brg. Acker; 6 Brg. Baumgärtchen, in Ausführung begriffene Drainage- und Weizenwässerungs-Anlagen; 80 Brg. Wässerweien, nach den neuesten Systemen eingerichtet, über 100 Stk. Rindvieh, Schaferei.
Verhältnisse für landw. Geräte, reizende, gesunde Lage und Aufnahme der Schüler in den Familienkreis. Prospekte und weitere Auskunft ertheilt
(H. - 9671.)
Der Vorstand: **Jäger.**

Zeugnisse und Anerkennungsschreiben
über die
Vorzüglichkeit der Politur-Composition.
(Für **Tischler** und **Brechsler** zum Fertigpoliren neuer Möbel statt Spiritus. Große Ersparnis an Zeit und Geld. — Für **Privatpersonen** zum Renoviren und Poliren alter und abgehandelter oder solcher Möbel, wo das Öl hervortritt.)
1. Zeugniß. Von **H. Müller**, Wien, VI. Bez. Hirschengasse, wurde mir eine Flasche Politur-Composition zur chem. Analyse, resp. Begutachtung übergeben. Durch qualitative und quantitative Analyse obgenannter Composition fand ich in derselben Substanzen, welche nicht nur den Hochglanz auf der Politur bewerkstelligen, sondern auch dauernd denselben conferiren, indem das überflüssige Öl von der Schellack-Schicht vollkommen entfernt wird, und dadurch das lästige Hervortreten des Oeles hintan gehalten wird.
Wien, am 23. Jänner 1868.
Jos. Kührer, techn. Chemiker.
Wien, Wieden, Neßlgasse 3.
Breslau, 5. März 1867.

2. Zeugniß. Sehr geehrter Herr! Vor einigen Tagen wurde mir eine Probe Ihrer Politur-Composition übergeben mit dem Ersuchen, selbe einer genauen chemischen Analyse ihrer Bestandtheile zu unterziehen. Ich habe diese Probe einer genauen sowohl qualitativen als quantitativen Analyse unterworfen und deren zweckmäßige Zusammenfassung für völlig gut befunden u. c.
Ihr ergebener
Dr. Werner,
Direktor des Polytechnischen Institutes in Breslau.
Oberleutnantsdorf, am 21. Mai 1867.

Herrn Friedr. Müller in Wien.
Erfuche freundlichst um 12 Flac. Politur-Composition mit umgehender Post u. c. Ich bezog selbe immer in Leipzig, wo sie jedoch nicht mehr zu haben ist.
Achtungsvoll
A. Eiselt,
Postpempel 28. Dezember 1868.
Der besagte Herr Müller.
Da ich mit der Politur-Composition fertig bin und damit zufrieden war, so ersuche mich wieder 12 Flacon umgehend zu senden, denn sie ist bereits unentbehrlich in meinem Geschäft.
Jos. Czernizek,
Schreinermeister in Karlsdorf, Post Butowitz, Mähren.
Haupt-Depot bei **Friedrich Müller**, Wien, VI. Bezirk, Hirschengasse 8,
wohin die schriftlichen Aufträge erthen, und gegen Einzahlung des Betrages (da nach dem Auslande Postnachnahme nicht möglich ist) umgehend effectuirt werden.
Preis: 1 Flacon (mit Belehrung) 15 Sgr. — 1 Duz. Flacons 4 1/2 Thaler.
Weniger wie 2 Flacons können nicht versendet werden.
In Karlsruhe bei **Th. Brugier**, Kronenstraße 19. A.v.338.

Ch. Raymond's Hand-Nähmaschine, Original,
für den Familiengebrauch,
mit den neuesten Verbesserungen, Preis fl. 30. oder Thlr. 17. 5.
In feinsten Ausführung und tadelloser Qualität fortwährend zu beziehen von
Louis Beckh,
in Mannheim (Baden).
3.r.301.
Wiederverkäufer werden gesucht.

Sichere Zinsen und gleichzeitig hohe und kleinere Gewinne
bieten die von der Stadt Madrid garantirten 100-Franken-Obligations-Loose.
Von 1869 bis 1873 jährlich 4 Gewinnziehungen.
Hauptgewinne: Frs. 250,000, 100,000, 70,000, 50,000, 40,000, 35,000 u. c. Niedrigster Gewinn: Frs. 100 oder Thlr. 26. 20 Sgr.
Die Obligations-Loose sind mit jährlichen Zinscoupons à 3 Franken versehen, welches zu dem jetzigen Ankaufspreis einen Zins von 3 pCt. ergibt; außer diesen Zinsen muß jedes Loos mit Gewinn gezogen werden, wovon der niedrigste schon Frs. 100 beträgt.
Sowohl die Zinsen als die Prämien werden in Berlin, Breslau, Leipzig, Hamburg, Frankfurt a. M., Stuttgart, Paris, Genf u. c. ohne den geringsten Abzug in franzö. Gelde ausbezahlt.
Die nächste Gewinnziehung findet schon am 1. April d. J. statt.
Obligationsloose à 16 preuß. Thaler oder fl. 28. (Verloosungsplan gratis) sind zu beziehen bei
Moriz Stiebel Söhne
Bank- und Staats-Effekten-Gesellschaft in Frankfurt a. M.
An- und Verkauf aller Anleihen-Loose, Staatspapiere, Aktien, Coupons u. c. besorgen wir zum Börsencourse. A.v.899.

Geschlechtskrankheiten, Schwächezustände, Impotenz, Frauenkrankheiten, Weisfluß u. c. heilt gründlich, brieflich und in f. Heilanstalt, **Dr. Rosenfeld**, Berlin, Leipzigerstr. 111. A.v.803.
Pferde-Verkauf. 3.r.234. Ein Paar elegante, gut eingefahrene, fromme Wagenpferde — achtjährige Brauner — sind zu verkaufen. Anfragen nimmt die Expedition dieses Blattes unter Adresse W. J. entgegen.

Schrift-Lieferung von Afsenbüchsen betr. versehen und frankirt bis zum 8. April d. J. dahier einzuliefern sind, wird an diesem Tage Vormittags 10 Uhr stattfinden, und können später einlaufende Soumissionen keine Berücksichtigung finden. Darmstadt, den 20. März 1869.

Die Direction der Main-Neckar-Bahn
3.r.207. Mannheim.
Tapeten-Drucker,
geübte, finden gegen guten Lohn und hohe Affordpreise dauernde Beschäftigung bei
von Derblin
in Mannheim.

3.r.255. Heidelberg.
Mit einem frischen Transport mecklenburger und englischer Race, Reitz- und Wagenpferde, angekommen, zeigt hiermit ergebenst an
J. Bodenheimer,
untere Neckarstraße Nr. 82—84.

3.r.200. Freiburg.
Wohnung zu vermieten.
Bei Unterzeichnetem ist eine freundliche Wohnung von acht Zimmern, Küche, Keller u. c. auf Johanni d. J. zu vermieten. Im Haus befindet sich ein Brunnen. Freiburg, den 16. März 1869.
Karl Dähler, Merian-Strasse Nr. 31.

Staatsrechtspflege.
3.r.750. Stillingen. Wir bitten, uns den Aufenthaltsort des Gärtnergehilfen **Karl Friedrich Reinbold** von **Braach**, der in einer Untersuchung als Zeuge vernommen werden soll, anzuzeigen. Stillingen, den 17. März 1869.
Großh. bad. Amtsgericht.
B u i s s o n.

3.r.747. Nr. 2578. Staufen. **Karl Oberrieder** von **Unterminsterthal** ist der Unterschlagung von Cigarren, im Betrage von 17 fl. 24 kr., zum Nachtheil des **Anton Wehrle** in **Freiburg**, ferner des Betrages, zum Nachtheil des **Christian Fäßler** in **Offenburg**, im Betrage von 21 fl. 46 kr., des **M. Maier** in **Offenburg**, im Betrage von 3 fl. 12 kr., des **Hierbrauers** **Bühler** in **Gengenbach**, im Betrage von 18 fl., des **Kaufmanns** **S. Sommer** in **Bruchsal**, im Betrage von 32 fl. 30 kr., des **Kaufmanns** **Gustav Fejner** in **Heidelberg**, im Betrage von 19 fl. 30 kr., des **Kaufmanns** **G. D. Maier** in **Kirchhofen**, im Betrage von 19 fl., des **Böwenwirths** **Weier** in **Wolfsweiler**, im Betrage von 12 fl., des **Kaufmanns** **Hauer-Reukirch** von **da**, im Betrage von 12 fl., des **Kaufmanns** **Rieger** in **Staufen**, im Betrage von 24 fl., des **Böwenwirths** **Ott** in **Obermingen**, im Betrage von 11 fl., und des **Ochsenwirths** **Fähngelb** in **Düffingen**, im Betrage von 16 fl. 58 kr., angeklagt.
Derselbe wird aufgefordert, sich innerhalb 14 Tagen dahier zu stellen, widrigenfalls das Erkenntniß nach dem Ergebnis der Untersuchung gefaßt werden wird. Zugleich bitten wir, auf **Karl Oberrieder** zu fahnden und ihn im Betreffsfall hierher eintufließen.

Derselbe ist ein großer, starker Mann, im Alter von etwa 35 Jahren, hat schwarze Haare, schwarzen Schnurrbart und auffallend schöne, weiße Zähne. Staufen, den 20. März 1869.
Großh. bad. Amtsgericht.
E i d l e i n.

3.r.739. Nr. 3318. Durlach. In der Zeit vom 6. bis zum 9. d. Mts. wurde aus einem Privatkaufe dahier eine silberne Spindeluhre mit einer davon befindlichen Gummiachse entwendet. Die Uhr ist von mittlerer Größe, hat deutsche Zahlen und auf dem Zifferblatt ist der Name „Schmidt in Karlsruhe“ eingraviert.
Wir bitten um Fahndung. Durlach, den 17. März 1869.
Großh. bad. Amtsgericht.
G a u p p.

Verwaltungssachen.
3.r.309. Nr. 1628. Derskirch. Der ledige Bierbrauer **Wilhelm Baubendistel** von **Ulm** will nach **Nordamerika** auswandern. Etwaige Gläubiger haben sich mit ihm außergerichtlich abzufinden oder ihre Ansprüche an ihn binnen 8 Tagen geltend zu machen, widrigenfalls der Reisepaß verabsagt wird. Derskirch, den 18. März 1869.
Großh. bad. Bezirksamt.
M e y e r.

Bermischte Bekanntmachungen.
3.r.274. Karlsruhe.

Hausverkauf.
In Folge von Nachgeboten wird am **Mittwoch den 31. März 1869**, Nachmittags 3 Uhr, eine zweite Versteigerung der vormaligen **Militärbäckerei** dahier in der **Sophienstraße** Nr. 14 stattfinden und der Zuschlag sofort in der **Verhandlung** bei annehmbarem Gebote ertheilt werden.
Karlsruhe, 20. März 1869.
Großh. Garnisonsverwaltung.
(Mit einer Beilage und der Liste der 18. Ziehung der bad. 3/4-proz. Rentenlotterie.)